

# Übersichten

Juni 2000

---



---

## Außenpolitik

---



---

### 1 US-Repräsentantenhaus billigt das WTO-Abkommen mit China

Am 15. November 1999 hatten China und die USA ein bilaterales Handelsabkommen unterzeichnet, das den Chinesen einen NTR-(Normal Trade Relations)-Status einräumte und mit dem vor allem die bisherigen Hindernisse für einen Beitritt Chinas zur WTO beiseite geschoben wurden. In dem Vertragswerk waren den Amerikanern Zugeständnisse für den Export von Landwirtschafts- und Industrieprodukten nach China, für die Senkung der Importzölle auf 9,4%, für die Ausschaltung von Quoten und Lizenzen, für eine verstärkte Zulassung auf dem Telekommunikations-, dem Versicherungs- und Bankensektor sowie weitere Zugeständnisse im Bereich der Filmausfuhr, des Tourismus und des Investitionsbereichs gemacht worden. Es war dies, wie beide Seiten betonten, ein Schritt von „historischer Tragweite“ (Näheres dazu: C.a., 1999/11, Ü 1).

Da außenpolitische Verträge aber nun einmal der Ratifikation durch das amerikanische Parlament bedürfen, war noch eine weitere Hürde zu überwinden.

Monatelang stritten sich Politiker quer durch die Parteien über das Pro und Contra einer WTO-Zulassung Chinas. Einige bedienten sich dabei regelrecht weltanschaulicher Argumente (Erzfeind China), andere wiesen auf das enorme Handelsungleichgewicht zu Ungunsten der USA hin, das sich eher noch ausweiten würde, falls amerikanische Unternehmen nun verstärkt in China investierten. Die Gewerkschaften wiederum glaubten in diesem Zusammenhang einen Rückgang der Arbeitsplätze in den USA befürchten zu müssen.

Das Weiße Haus wies demgegenüber immer wieder darauf hin, dass China eher eine Chance als eine Gefahr sei.

Als es am 25. Mai 2000 zur Abstimmung im Repräsentantenhaus kam, fiel das Ergebnis mit 237:197 Stimmen überraschend deutlich zu Gunsten der VRCh aus. Einer der Gründe dafür dürfte wohl das wenige Tage vorher unterzeichnete chinesisch-europäische Handelsabkommen gewesen sein.

Nun muss nur noch die kleine Kammer, der amerikanische Senat also, seine Zustimmung erteilen. Möglicherweise kann auch er sich nicht den Argumenten Clintons entziehen, dass nämlich ein Beitritt Chinas zur WTO nicht nur den wirtschaftlichen Interessen, sondern auch den politischen Bestrebungen der USA entgegenkomme: Könne er doch nicht nur das wirtschaftliche System in China ändern, sondern auch die Macht der KPCh reduzieren. Rechtsstaatlichkeit und verstärkte Beachtung der Menschenrechte seien dann nur noch eine logische Weiterentwicklung. Zu einer Einbindung Chinas gebe es keine Alternative. -we-

### 2 Jiang Zemins „Fünf Nationen-Besuchstour“ im Mittelmeerraum sowie in Südafrika

Vom 12. bis 27. April 2000 zog Jiang Zemin in seiner Eigenschaft als Staatspräsident wieder einmal einen jener Raum und Zeit fressenden Kettenbesuche durch, wie sie für chinesi-

sche Spitzenpolitiker längst charakteristisch geworden sind – zurückgehend bis auf die Zeiten Zhou Enlais.

Diesmal reiste er nach Israel, nach Palästina, in die Türkei, nach Griechenland und nach Südafrika – in dieser Reihenfolge. Es war zum ersten Mal in der Geschichte der VRCh, dass ein chinesisches Staatsoberhaupt die Länder Israel, Palästina, Griechenland und Südafrika besuchte.

Der Hauptakzent der Tour lag im Nahen Osten, besonders bei den drei Ländern Türkei, Palästina und Israel. Griechenland und Südafrika bildeten dagegen mehr eine Zugabe: In diesem Zusammenhang betonte Jiang, dass er zum dritten Mal nach Afrika gekommen sei – nach vorausgehenden Besuchen in den Jahren 1996 und 1999 (XNA, 30.4.00).

Der „Fünf Nationen-Tour“ vorgeschaltet war ein Besuch in Ägypten, das seit Jahrzehnten so sehr zum Dreh- und Angelpunkt chinesischer Nahostpolitik geworden ist, dass der dortige Aufenthalt gar nicht mehr als eigene Besuchsstation aufgeführt wurde. Vielmehr hieß es, dass Jiang von hier aus seine „Fünf Nationen-Tour“ antrete (XNA, 18.4.00). In vertraulichen Gesprächen hatte Jiang in Alexandria einen längeren Meinungsaustausch mit dem ägyptischen Präsidenten Mubarak gehabt.

Die Beratungen mit Mubarak haben Jiang offensichtlich in der Ansicht bestärkt, dass der VRCh im Nahen Osten eine wichtige Vermittlungs- und Friedensstifterrolle zukomme. Er, Jiang, habe das Gefühl gewonnen, dass vor allem die Beziehungen zu Ägypten von „Freundschaft erfüllt und von umfassender Zusammenarbeit bestimmt seien“. Das wechselseitige Verständnis reiche tief (XNA, 18.4.00). Die VR China wolle mit ihrer Nahostpolitik dazu beitragen, am Frieden und an der Stabilität der Region mitzuarbeiten; denn beide seien eine entscheidende Entwicklungsvoraussetzung. Gegenwärtig befinde sich der Nahe Osten an einem historischen Wendepunkt, vor allem im Zeichen eines wachsenden Verständnisses zwischen Israel und dem palästinensischen Volk (XNA, 14.4.00).

Der Eingangsbesuch in Israel führte, vor allem wegen der engen waffentech-

nischen Zusammenarbeit Chinas mit Jerusalem, erneut zu Spannungen mit den USA (vgl. Übersicht 3 in diesem Heft).

Als Vermittler konnte sich die VRCh vor allem bei der Palästinavisite Jiangs empfinden. Der palästinensische Präsident Arafat hat China im Laufe seiner Amtszeit nicht weniger als 12 Mal besucht und außerdem sind jährlich zwei bis drei hochrangige palästinensische Delegationen nach China gereist, um auch von dort aus weltweite Resonanz für die palästinensischen Forderungen zu erhalten (XNA, 11.4.00).

Die Besprechungen Jiang Zemins in Palästina fanden bezeichnenderweise nicht in Jerusalem statt, das ja bekanntlich zur Hälfte von den Palästinensern beansprucht wird, sondern in Bethlehem (XNA, 16. und 17.4.00). Besonders viel Neues gab es allerdings nicht zu besprechen, da sich beide Seiten mit ihren wechselseitigen Standpunkten seit Jahrzehnten aufs Beste kennen. Der Besuch Jjiangs in Bethlehem konnte so nur dem einen Zweck dienen, nämlich der PLO erneut den Rücken zu stärken, ohne dass gleichzeitig Israel provoziert wurde, das ja im Besuchsreigen der Palästinavisite vorausgegangen war. Erneut betonte Jiang, dass das „Land gegen Frieden“-Prinzip, wenn es auch nur einigermaßen vernünftig angepackt werde, der Schlüssel zur Lösung der Hauptschwierigkeiten im Nahen Osten sei (XNA, 16.4.00).

Dritte Station auf der Sammelreise Jjiangs war die Türkei, mit der seit August 1971 diplomatische Beziehungen bestehen. Am 19. April 2000 wurde in Ankara ein Gemeinsames Kommunikee unterzeichnet, das – nach dem bereits mit anderen Ländern durchexerzierten Schema – eine „strategische Partnerschaft für das 21. Jahrhundert hinweg“ begründen sollte. Man werde auf allen Ebenen, der Politik, der Wirtschaft, der Kultur und des Militärwesens, eng und regelmäßig miteinander zusammenarbeiten und auf diese Weise die Traditionen, wie sie sich zwischen beiden Ländern jahrhundertlang „via Seidenstraße“ eingespielt hatten, erneuern (XNA, 20.4.00).

Eine strategische Partnerschaft mit Ankara ist für China nicht zuletzt deshalb von Bedeutung, weil die Türkei

nach wie vor über beträchtliche politische Hebel nach Zentralasien hinein verfügt, wo die Turkvölker in Staaten wie Kasachstan, Turkmenistan oder Usbekistan seit dem Zusammenbruch der UdSSR politische Autonomie besitzen und damit zu unmittelbaren Nachbarn der VR China geworden sind. Hier mit der Türkei an einem gemeinsamen Strang ziehen zu können, wäre für die Zentralasienpolitik der VR China von beträchtlichem Nutzen!

Auch die Türkei räumte dem Jiang-Besuch einen hohen Stellenwert ein und bezeichnete ihn als „historisch“ (XNA, 21.4.00).

Fast parallel zum Jiang-Besuch gab es noch andere Visiten chinesischer Politiker im Mittleren Osten. U.a. kam am 24. April Verteidigungsminister Chi Haotian in den Libanon, wobei er betonte, dass die bewaffneten Streitkräfte beider Seiten seit langer Zeit eng zusammenarbeiteten (XNA, 25.4.00).

Schon kurze Zeit nach dem Besuch Chis kam es zu Spannungen an der libanesisch-israelischen Grenze, die bis zu schweren gegenseitigen Kanonaden führten. Das chinesische Außenministerium sah sich daraufhin veranlasst, am 9. Mai eine Warnung an Israel auszusprechen: Israel müsse sich ohne Wenn und Aber an die Resolution Nr. 425 des UN-Sicherheitsrats halten und seine Truppen wieder aus dem südlichen Libanon zurückziehen (XNA, 10.5.00).

Am 13. April war im Jemen eine von den Chinesen gebaute Brücke feierlich eingeweiht worden (XNA, 14.4.00) und am 30. Mai schloss die Hafenstadt Dubai (in den Vereinigten Arabischen Emiraten) mit der großen Hafenstadt Chinas, Shanghai, ein Partnerschaftsabkommen (XNA, 31.5.00). Besonders große Bedeutung für Shanghai dürfte dieser Schritt allerdings nicht gehabt haben: Unterhält Shanghai doch bereits 47 Städtepartnerschaften, darunter u.a. zur Hansestadt Hamburg.

Ferner drängt China immer wieder darauf, die „No Fly-Zone“ im Irak, die vor allem von den USA und Großbritannien überwacht wird, endgültig aufzuheben und den Irak nun endlich einmal von den seit Jahren verhängten Boykotten zu befreien (XNA, 8.4.00).

### 3 Der Israelbesuch Jiang Zemins führt zu Verstimmungen zwischen Washington und Jerusalem

Auf seiner „Fünf Nationen-Reise“ vom 12. bis 27. April 2000 (dazu Übersicht 2 im vorliegenden Heft) besuchte der chinesische Staatspräsident Jiang Zemin auch Israel. Es war dies der erste Besuch eines chinesischen Staatspräsidenten im Judenstaat, mit dem seit 1992 diplomatische Beziehungen bestehen und mit dem die VR China eine enge Zusammenarbeit pflegt – und zwar nicht nur in Worten, sondern auch in handfesten Taten, vor allem auf dem Gebiet der Waffentechnik. Kaum einen anderen Staat gibt es, der jahrzehntelang mit Waffensystemen aus aller Welt so vielfältige Erfahrungen hat sammeln können wie Israel – nicht zuletzt auch mit Beutewaffen aus der einstigen Sowjetunion, aber auch aus der Kooperation mit den USA.

Kein Wunder, dass die USA den Israelis immer wieder vorgeworfen haben, sie nutzten ihren Zugang zu amerikanischer Militärtechnik aus, um damit Geschäfte zu machen, die auch potenziellen Feindstaaten der USA zu Gute kämen. U.a. steht zurzeit der Verkauf von AWACS-(ähnlichen)-Spürflugzeugen an die VR China zur Diskussion – ein Vorhaben, das von Washington mehrere Male scharf kritisiert worden ist (AWACS = airborne early warning and control system). Die Amerikaner befürchten, dass der Erwerb von AWACS-Flugzeugen durch die VBA die militärische Balance im Fernen Osten beeinträchtigen und sich vor allem als zusätzliche Bedrohung Taiwans auswirken könnte.

Dem Argument, dass das zur Lieferung anstehende, luftgestützte Überwachungssystem die Kopie amerikanischer Modelle sei, halten die Israelis entgegen, dass es sich dabei um ein den amerikanischen AWACS-Flugzeugen lediglich äußerlich ähnliches Projekt handelt, das allerdings keinerlei amerikanische Technologie enthalte – eine Behauptung, die den Israelis vom Pentagon so nicht abgenommen wird! Vielmehr vermutet man dort, dass die Gewinnsucht bei den israelischen Partnern alle strategische Bedenken hinweggefegt ha-

be: Immerhin besitzen die Chinesen Optionen auf drei bis sieben solcher Flugzeugsysteme – ein Auftrag, der mit rund 2 Mrd. US\$ zu Buche schlägt!

Wie könne Israel nur so weit gehen, fragt man sich in Washington! Sei es dort etwa in Vergessenheit geraten, dass die VR China sogar Erzfeinde Israels, wie z.B. den Iran, mit Waffen beliefern!?

Da die Chinesen wissen, dass hier ein schmerzhafter Punkt im Verhältnis zu Israel berührt wird, haben sie dafür gesorgt, dass, wie das Außenministerium im Zusammenhang mit dem Jiang-Besuch hervorhob, die Waffenverkäufe an den Iran „kein Hauptgesprächspunkt“ beim Jerusalem-Gipfel seien (*Wen Wei Po*, Hongkong, in SWB, 15.4.00).

Die Verärgerung über das israelische Verhalten geht in Washington so weit, dass der republikanische Abgeordnete Callahan mittlerweile fordert, dass die USA jegliche Hilfe an Israel einstellen sollte (IHT, 8. und 9.4.00).

Anfang Mai beschloss das US-Defense Department, der Bitte Jerusalems um Lieferung neuer Waffen und um Überlassung von Militärtechnologie nicht mehr nachzukommen, um Israel so zu zwingen, von Waffenlieferungen an die VR China abzulassen (SCMP, 1.5.00). Israel will jedoch bei seinem Plan bleiben und das erste Radarflugzeug in etwa einem Jahr an die VR China ausliefern (zur Entwicklung des chinesisch-israelischen Verhältnisses und zu den AWACS-Vereinbarungen vgl. C.a., 2000/4, Ü 7).

Auch sonst möchte Israel die florierenden Wirtschaftsbeziehungen zur VR China nicht beeinträchtigt sehen: Zahlreiche Transfers im Bereich der Technologie, der Landwirtschaft, des Flugwesens, des Kommunikationswesens und anderer Bereiche haben dazu geführt, dass sich das Handelsvolumen zwischen beiden Ländern im Jahre 1999 auf 600 Mio. US\$ erhöht hat – auf die 20fache Summe also gegenüber dem Zeitpunkt, als diplomatische Beziehungen aufgenommen wurden (XNA, 11.4.00).

Jiang Zemin nahm die Spannungen zwischen Jerusalem und Washington zum Anlass, um bei einer Rede in Je-

rusalem die USA zu beschuldigen, die Weltpolitik „monopolisieren“ zu wollen (*The Jerusalem Post*, in SWB, 15.4.00).

Bei der gleichen Rede pries er das jüdische Volk als eine „Nation, die Riesen wie Karl Marx und Albert Einstein hervorgebracht hat“ (ebd.).

Beide Seiten sollten in Zukunft noch enger zusammenarbeiten. -we-

#### 4 Indien und China haben vor 50 Jahren diplomatische Beziehungen aufgenommen

Am 1. April 1950 nahm die damals gerade zwei Jahre alte Republik Indien mit der sechs Monate alten VRCh als erster nichtsozialistischer Staat diplomatische Beziehungen auf – ein Schritt, der von J. Nehru und von Zhou Enlai überschwänglich als historisches Ereignis gefeiert wurde. „Chinesen und Inder sind Brüder“ – diese Parole spiegelte einige Jahre lang eine Stimmung vor, die jäh in ihr Gegenteil umschlug, als es 1962 zum Grenzkrieg der beiden Nachbarn kam und das brüderliche Einvernehmen einem rabenschwarzen Pessimismus Platz machte.

Inzwischen freilich wollen beide Seiten von Feindschaft längst nichts mehr wissen, sondern versuchen – zumindest auf chinesischer Seite – nur noch positive Aspekte hervorzukehren. Ganz auf dieser Linie brachte Xinhua am 1. April eine „Chronologie der wichtigsten Ereignisse im sino-indischen Verhältnis seit 1950“ heraus (XNA, 2.4.00).

1. April 1950 - Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

Oktober 1954 - Ministerpräsident Jawaharlal Nehru besucht China.

28.11. bis 10.12.1956 - Ministerpräsident Zhou Enlai besucht Indien.

Oktober 1962 - Ein bewaffneter Grenzkonflikt bricht zwischen beiden Seiten aus (kein weiterer Kommentar!).

1976 - Die sino-indischen Beziehungen beginnen sich wieder zu verbessern, nachdem beide Seiten Botschafter ausgetauscht haben.

Juni 1981 - Außenminister Huang Hua besucht Indien. Noch im Dezember

des gleichen Jahres beginnen Gespräche über die Grenzfrage.

19. bis 23.12.1988 - Ministerpräsident Rajiv Gandhi besucht China.

11. bis 16.12.1991 - Ministerpräsident Li Peng besucht Indien.

18. bis 23.5.1992 - Staatspräsident R. Venkataraman besucht als erstes Staatsoberhaupt Indiens die VR China.

6. bis 9.9.1993 - Ministerpräsident Narasimha Rao besucht die VRCh und unterzeichnet ein Abkommen über die Reduzierung der Truppen entlang der umstrittenen Grenzabschnitte.

21. bis 28.10.1994 - Der Stellvertretende Staatspräsident Narayanan besucht die VRCh.

15. bis 19.11.1995 - Qiao Shi, der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des chinesischen NVK, besucht Indien.

10. bis 18.10.1996 - Die neunte Runde der beiderseitigen Grenzgespräche und die Konsultationen auf der Ebene Stellvertretender Außenminister wird in Beijing abgehalten. Man kommt zu der Feststellung, dass bei der Klärung des Grenzverlaufs Fortschritte erzielt worden seien.

28.11. bis 1.12.1996 - Staatspräsident Jiang Zemin besucht Indien. Am 29. November unterzeichnet er dort vier Abkommen über „vertrauensbildende Maßnahmen im Militärbereich entlang der aktuellen Grenzlinie“, ein Abkommen über „Maritimtransporte“, ein Abkommen über die Beibehaltung des indischen Generalkonsulats in Hongkong nach dem Übergang Hongkongs an die VR China am 1. Juli 1997 und eine Abmachung über den gemeinsamen Kampf gegen den Drogenhandel.

26. bis 30.4.1998 - Fu Quanyou, Generalstabschef der VBA, kommt für fünf Tage nach Indien und vereinbart dort eine engere Zusammenarbeit zwischen den beiden Streitkräften.

25.6.1999 - Der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des NVK, Li Peng, trifft mit H. S. Surjeet, dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Indiens (Marxisten), in Beijing zusammen.

22.2.2000 - China und Indien unterzeichnen ein bilaterales Handelsabkommen als Voraussetzung für den Beitritt Chinas zur WTO.

Am 3. April 2000 schließlich kam es im chinesischen Außenministerium zu einem Empfang, bei dem die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vor 50 Jahren gefeiert wurde (XNA, 4.4.00). Zu dem Empfang war allerdings kein hoher indischer Politiker erschienen. Stattdessen hatten sich der Staats- und der Ministerpräsident auf die Entsendung eines Glückwunschtelegramms beschränkt (ebd.).

Außenminister Tang Jiaxuan drückte seine Zuversicht aus, dass die Grenzfragen zwischen beiden Seiten bald gelöst werden könnten. Immerhin hätten bisher bereits 11 Gesprächsrunden zu dieser Frage stattgefunden.

Auch heute noch klagt Indien die VR China an, 43.180 qkm von Jammu und Kashmir „illegal besetzt“ zu haben, darunter eine Fläche von 5.180 qkm, die von Pakistan auf Grund des sino-pakistanischen Grenzabkommens von 1963 „illegal an die VRCh übertragen wurde“ (PTI, in SWB, 5.4.00).

Auf der anderen Seite beschuldigt China die Republik Indien, 90.000 qkm chinesischen Territoriums besetzt zu halten.

Vier Wochen nach den Jubiläumsfeierlichkeiten begann am 29. April 2000 eine neue Runde der Grenzgespräche – es war dies die insgesamt 12. Sitzung der „Gemeinsamen Indisch-Chinesischen Arbeitsgruppe für Grenzfragen“ – von den Indern „JWG-XII“ genannt. Auch diese neue Runde brachte freilich keine wesentlichen Fortschritte (XNA, 28. und 30.4.00). -we-

## 5 China wächst weiter in das „ASEAN+3“-Rahmenwerk hinein

Vor dem Hintergrund der Asienkrise von 1997, deren Nachbeben für manche Länder immer noch zu spüren ist, trafen sich die Finanzminister der 10 ASEAN-Länder sowie Chinas, Japans und Südkoreas am 6. Mai 2000 in der nordthailändischen Stadt Chiang Mai, um dort Beratungen darüber zu führen, wie finanzielle Zusammenbrüche vom Ausmaß

der 1997er-Katastrophe künftig vermieden werden können. Voraussetzungen hierfür seien u.a. ein gut funktionierendes persönliches Netzwerk und ein effizienter Mechanismus zum Austausch von Informationen. Die 13 Teilnehmer müssten auf dieser Linie in Zukunft enger zusammenarbeiten. Japan hat für die Durchführung dieser „Chiang Mai-Initiative“ finanzielle Unterstützung in Aussicht gestellt (Kyodo, in SWB, 8.5.00).

Vereinbart wurde u.a. ein „Swap“- (Austausch)-Mechanismus zwischen den verschiedenen Währungen. Nur wenn man sich auf solide Relationen zwischen den Währungen verlassen könne, verspreche der neue Ansatz der kollektiven „Selbsthilfe“ auch wirklich Abhilfe. Andernfalls sei man erneut passiv den Gefährdungen frei flotierender Billionensummen – und einem neuen „1997“ – ausgesetzt.

Der „10+3“-Mechanismus ist ein Ende 1999 eingeführtes völkerrechtliches Lasso, um China ein weiteres Mal einzufangen und einzubinden. Andere Mechanismen dieser Art sind APEC, ASEM oder ARF.

Die VR China selbst hat offensichtlich nichts gegen eine solche Vernetzung und „Einmaschung“ einzuwenden, vor allem nicht gegen jene „Doppeleinbindung“, wie sie von den ASEAN-Staaten versucht wird, und zwar in Form des ARF und des „10+3“-Mechanismus.

Das ARF gilt als informelles Gesprächsforum, das durch zusätzliche Gremien laufend erweitert wird. So kam es beispielsweise am 19. und 20. April 2000 in Beijing zum 7. „China-ASEAN-Dialog“, bei dem sich Fachleute des „Chinesischen Instituts für Außenpolitische Gegenwartsbeziehungen“ und des ISIS, d.h. des Instituts für Strategie und Internationale Studien der ASEAN, zwei Tage lang über Sicherheitsfragen austauschten (XNA, 21.4.00).

China durch wachsende „Einbindung“ zu domestizieren und zunehmend berechenbar zu machen, ist eines der Hauptziele ASEANischer Außenpolitik. -we-

## 6 Erneut keine Verurteilung Chinas durch den UNO-Menschenrechtsausschuss

Am 18. April 2000 wiederholte sich vor dem UNO-Menschenrechtsausschuss in Genf ein seit Jahren bekanntes Ritual: Wieder einmal hatten die USA im Vorfeld eine Resolution zur Verurteilung der VRCh wegen Menschenrechtsverletzungen eingebracht und wieder einmal wurde dieser Antrag abgelehnt – diesmal mit 22 gegen 18 Stimmen bei 12 Enthaltungen.

Wie sich die 53 Mitglieder des Ausschusses i.e. verhalten haben, wurde von Beijing auch diesmal akribisch festgehalten. Zu den Ländern, „die für China stimmten“, gehörten (aufgeführt in der Reihenfolge der englischen Bezeichnungen): Bangladesh, Bhutan, Botswana, Burundi, China (!), Kongo, Kuba, Indien, Indonesien, Madagaskar, Marokko, Nepal, Niger, Nigeria, Pakistan, Peru, Qatar, Russland, Sri Lanka, Sudan, Venezuela und Sambia.

Gegen China stimmten: Kanada, Kolumbien, Tschechien, El Salvador, Frankreich, Deutschland, Guatemala, Italien, Japan, Lettland, Luxemburg, Norwegen, Polen, Portugal, Spanien, Swasiland, Großbritannien und die USA.

Der Stimme *enthielten sich*: Argentinien, Brasilien, Chile, Ecuador, Liberia, Mauritius, Mexiko, die Philippinen, Ruanda, Südkorea, Senegal und Tunesien.

Rumänien habe sich der Abstimmung ferngehalten, hieß es (XNA, 19.4.00).

Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch und amnesty international bedauerten das Scheitern der Verurteilungsresolution – auch dies ein seit Jahren bekanntes Ritual. Human Rights Watch hatte erwartet, dass angesichts des harten Vorgehens gegen die Falungong-Bewegung sowie gegen Tibeter und Uiguren wenigstens diesmal mehr Proteststimmen zu vernehmen seien.

Aus chinesischer Sicht ist mit der Ablehnung des Verurteilungsantrags die Politik der USA, sich weiterhin in die Angelegenheiten anderer Staaten „unter dem Vorwand von Menschenrechtsverletzungen“ einzumischen, erneut gescheitert. Mit dem Ergebnis

vom 18. April habe die VR China vor dem 53-Mitglieder-Ausschuss in Genf seit 1990 nun bereits den „9. Sieg über die von den USA geführten Antichinakampagnen“ errungen (XNA, 19.4.00). Wann endlich komme Washington zu der Einsicht, dass seine Versuche, „das Gesicht Chinas zu beschädigen, das chinesische Sozialsystem zu verändern, Chinas Stabilität zu untergraben und die Entwicklung Chinas einzudämmen“, ohne Aussichten bleibe!? (XNA, 19. und 20.4.00).

Einem alten Ritual war auch das Prozedere im Vorfeld der Abstimmung gefolgt: Die USA hatten ihren alljährlichen „Report“ und China im Gegenzug seinen eigenen Menschenrechtsbericht herausgebracht – die VRCh diesmal immerhin in Form ihres ersten „Jahrbuchs über die Menschenrechte“, in dem vor allem die „Errungenschaften“ des chinesischen Volkes und seines „Kampfes für die Menschenrechte“ aufgeführt sind. In dem Werk sind u.a. 140 menschenrechtsbezogene Gesetze, 11 menschenrechtsbezogene Weißbücher und nicht zuletzt menschenrechtsbezogene Kommentare führender chinesischer Politiker aus drei Generationen aufgeführt (XNA, 12.4.00).

Auch hatte Delegationsleiter Li Baodong die „Errungenschaften“ Chinas auf dem Gebiet der Menschenrechte vorgestellt, und zwar in vier Bereichen:

- „Gesetzmäßigkeit der Verwaltung“, die durch die neue Verfassungsänderung auch konstitutionell verankert worden sei.
- Ständige Verbesserung der Gesetzgebung und der Erziehung der Bevölkerung in Rechtsfragen. In den letzten Jahren seien ein Gefängnisgesetz, ein Richtergesetz und ein Rechtsanwältengesetz erlassen und seien das StGB sowie die StPO von 1979 auf Menschenrechtsaspekte hin novelliert worden.
- Vorbildlich verhalte sich China vor allem in Religionsfragen: Gegenwärtig gebe es in der VRCh 85.000 Verehrungsstätten, über 300.000 Geistliche und 3.000 religiöse Organisationen sowie 74 religiöse Schulen und Hochschulen. Die Zahl der Christen sei von 700.000 im Jahre 1949 auf mittlerer-

weile „über 10 Mio.“ angewachsen (XNA, 18.4.00).

- Verbot der Folter: 1988 sei China der „UN Convention against Torture“ beigetreten – und habe sich seitdem auch streng an die damaligen Vorgaben gehalten.

Man sieht, China hatte seine Propagandamaschinerie bereits im Vorfeld der Genfer Tagung angeworfen und damit in der Tat ja auch sein Auditorium, nämlich die 53 Mitglieder des Menschenrechtsausschusses, zum großen Teil beeindrucken können!

Amnesty international andererseits weist darauf hin, dass in der VR China allein 1999 nicht weniger als 1.077 Hinrichtungen stattgefunden hätten. Menschenrechtsverletzungen seien „keine Naturkatastrophen“, sondern könnten sich sehr wohl vermeiden lassen. Dies betonte die Generalsekretärin der deutschen ai-Filiale bei der Vorstellung des 624 Seiten umfassenden Menschenrechtsberichts der ai am 14. Juni 2000 in Berlin (FAZ, 15.6.00).

Da ai im Jahre 1999 weltweit 1.813 Hinrichtungen (in mindestens 31 Staaten) habe dokumentieren können, sei der Anteil Chinas mit 1.077 Hinrichtungen gewaltig! Allerdings dürfe nicht vergessen werden, dass auch die USA sich hier zahlreicher Verstöße schuldig gemacht hätten: Zurzeit säßen allein in den USA über 3.500 Personen in Todeszellen, viele davon schon seit mehreren Jahren. Ferner sei es durch den Einsatz der NATO-Luftwaffe im Kosovo zu zahlreichen Tötungen gekommen.

Die beiden letzteren Argumente waren wiederum Wasser auf die Mühlen der VRCh-Gegenpropaganda! -we-

## 7 Erster Jahrestag der Bombardierung des chinesischen Botschaftsgebäudes in Belgrad

In der Nacht vom 7. auf den 8. Mai 1999 war die chinesische Botschaft in Belgrad von drei Raketen getroffen worden, die nicht nur das fünfstöckige Gebäude bis zum Kellergeschoss hinunter durchschlugen, sondern auch drei chinesische Journalisten töteten sowie 20 Botschaftsangehörige verletzten. Es kam damals zu zahlreichen Protesten gegen die NATO, vor al-

lem gegen die USA, und zur Belagerung von NATO-Botschaften, vor allem der amerikanischen und der britischen Vertretungen in Beijing, aber auch des deutschen Generalkonsulats im südlichen Guangzhou sowie des US-Generalkonsulats im fernwestlichen Chengdu, das z.T. zerstört wurde (ausführlich dazu: C.a., 1999/5, S.483-491).

Die chinesische Seite bezeichnete den NATO-Angriff von vornherein als absichtlich und ließ keinerlei Ausreden gelten.

Ein Jahr nach dem Belgrader Ereignis erhebt die offizielle Propaganda zwar nach wie vor Anschuldigungen gegen die „von den USA geführte NATO“, fordert aber nicht mehr zu Demonstrationen auf, sondern zum Zusammenschluss der Bevölkerung. In einem RMRB-Leitartikel vom 7. Mai 2000 heißt es, dass man den Versuchen des Westens, „uns zu verwestlichen und zu desintegrieren [...] eine wirkungsvolle Waffe entgegenstellen sollte, nämlich unsere Einheit und unsere Stabilität“. Ganz auf dieser Linie heißt es bereits in der Überschrift: „Einheit, Stabilität und Stärkung der chinesischen Nation“.

Gleichzeitig aber verbot die chinesische Regierung Demonstrationen vor Botschaften oder Konsulaten (*Sing Tao JIH PAO*, Hongkong, in SWB, 5.5.00). Die Rektoren und Schulvorstände mögen dafür sorgen, dass möglichst kein einziger ihrer Studenten oder Schüler an Demonstrationen teilnehme.

Für diese Zurückhaltung gibt es viele Gründe: Zum einen hat sich der politische Wind wieder einmal gedreht: Jetzt, da mit den USA ein Handelsvertrag unterzeichnet worden ist, der grünes Licht für den Beitritt Chinas zur WTO gibt, scheint sich das Klima, verglichen mit dem Zustand von vor 12 Monaten, erneut von Grund auf geändert zu haben, sodass es nicht mehr opportun erscheine, gegen die USA zu demonstrieren, die ja zu dieser Zeit gerade in die Debatte um die Ratifizierung des Abkommens vom November eingetreten wäre.

Zweitens aber hat die KPCh-Parteiführung ihre liebe Not mit spontanen Demonstrationen. Immer dann, wenn es beispielsweise in den ver-

gangenen Jahren zu umfangreichen antijapanischen Aufmärschen gekommen war, hatte sich der Schuss nach hinten gelöst und die eigene Führung getroffen – die beiden berühmtesten Fälle ereigneten sich im Zusammenhang mit dem 4. Mai 1919 und den Herstdemonstrationen von 1987.

Auch diesmal wollte man offensichtlich nicht mit dem Feuer spielen! -we-

## 8 VBA-Generalstabschef auf Deutschlandbesuch

Vom 25. bis 31. März 2000 kam General Fu Quanyou, Generalstabschef der VBA und Mitglied des mächtigen ZK-Militärausschusses, zu einem Besuch nach Deutschland und wurde dort vom Generalinspekteur der Bundeswehr, General von Kirchbach, empfangen. Dieser betonte, dass es sich hier um den ersten Besuch eines Generalstabschefs der VBA handle und dass dies ein „Meilenstein in der Geschichte der deutsch-chinesischen Militärbeziehungen“ sei (Xinhua, in SWB, 1.4.00).

Fu besuchte eine Reihe von Militäreinheiten und -schulen und betonte immer wieder, dass China bestrebt sei, von den „fortgeschrittenen Erfahrungen der Bundeswehr zu profitieren“.

Dass zwischen Deutschland und China Militärbeziehungen schon seit Ende des 19. Jahrhunderts, aber auch während der Nanjing-Periode der Republik China bestanden haben, wurde von chinesischer Seite allerdings nicht besonders betont: Reminiszenzen dieser Art lassen sich weder mit dem neuen chinesischen Selbstbewusstsein, noch mit dem historischen Verständnis der VBA vereinbaren: Immerhin diente ja die Zusammenarbeit mit den republikanischen Truppen u.a. dem Kampf gegen die Einheiten der damaligen Roten Armee – der VBA-Vorgängerin also!

Welchen Wert kann eine Zusammenarbeit zwischen VBA und Bundeswehr heutzutage haben? Für die Bundeswehr scheint die Antwort klar zu sein: Nachdem die alte Beratungstradition der Vergangenheit angehört, erscheint vor allem die Einbindung Chinas – und zwar auch im militärischen Bereich – erwägenswert. Zwar kann das deutsche Militär hierzu nur einen klei-

nen Beitrag leisten. Doch kommt es darauf an, dass der neue Riese China auf ähnliche Weise mit vielen kleinen Fäden angebunden wird wie der Riese in Gullivers Reisen.

Und umgekehrt? Waffenlieferungen Deutschlands an China kommen auf absehbare Zeit wohl kaum in Betracht. Ob die VBA ferner vom bundesrepublikanischen Konzept des „Staatsbürgers in Uniform“ allzu viel profitieren will, mag ebenfalls zweifelhaft sein. Vielleicht kommt es der VBA darauf an, die Beziehungen zur Bundeswehr in der einen oder anderen Form zu instrumentalisieren: Sowohl den Chinesen als auch den Deutschen ist ja zumindest gemeinsam, dass sie den von den USA geplanten Raketenabwergürtel ablehnen, wie er in Form des NMD (National Missile Defense) und des TMD (Theater Missile Defense) auftaucht. Für beide steht fest, dass die Umsetzung der US-Pläne ein neues Aufrüstungswettrennen zur Folge hätte (in diesem Sinne auch *Jiefang Junbao*, 8.4.00). -we-

## 9 Chinesisch-skandinavische Jubiläumsfeiern von der Tibetfrage überschattet

Schweden und Dänemark waren die beiden ersten westeuropäischen Staaten überhaupt, die mit der VR China diplomatische Beziehungen aufnahmen, und zwar zu einem Zeitpunkt, da die Welt noch in zwei große Lager geteilt war und China zur „kommunistischen Welt“ gehörte. Schweden nahm die Beziehungen am 9. Mai 1950, Dänemark am 11. Mai auf. Drei Tage später folgten die Schweiz (14.5.) und Finnland. Vier Jahre später wagten dann Großbritannien, Norwegen und die Niederlande die Anerkennung. Anschließend dauerte es 10 Jahre, bis das Frankreich de Gaulles (im Jahre 1964) Beziehungen zu Beijing aufnahm. Der große Tross der Europäer folgte erst in den Jahren nach 1972, nachdem sich die USA mit der VRCh ausgesöhnt hatten (Nixon-Besuch in Beijing und Shanghai).

Es hätte also allen Anlass zu fröhlichem, gemeinsamem Feiern gegeben – und in der Tat stiegen vor allem die Skandinavier groß ein: Am 6. Mai beispielsweise trat Dänemarks Ministerpräsident, Poul Nyrup Rasmussen,

einen einwöchigen Besuch in die VR China an. Schon einen Tag vorher war die schwedische Stellvertretende Ministerpräsidentin, Lena Hjilm-Wallen, zu einem siebentägigen Besuch nach Beijing gekommen (XNA, 9.5.00).

Beide gaben ihren Gastgebern im Verlauf des Besuchs allerdings zu verstehen, dass sie schon bald nach ihrer Heimkehr den Dalai Lama empfangen würden, und zwar noch im laufenden Monat. Die chinesische Seite protestierte gegen dieses Vorhaben, stieß damit allerdings auf taube Ohren: Am 17. Mai lud der schwedische Ministerpräsident Goran Persson und am 21. Mai der dänische Ministerpräsident Rasmussen den tibetischen Gast zu einem Arbeitsessen ein (*Dagens Nyheter*, in SWB, 20.5.00; *Politiken*, in SWB, 26.5.00).

Beide Ministerpräsidenten stellten allerdings klar, dass sie Tibet nach wie vor als integrierenden Bestandteil der VRCh betrachteten. Gleichzeitig forderten sie mehr Autonomie für Tibet.

China musste in diesem Zusammenhang wieder einmal erfahren, dass es keine Rosen ohne Dornen gibt und dass kleinere Länder nicht selten eine wesentlich entschlosseneren Haltung einnehmen, als es bei größeren Mächten der Fall ist.

Fast zur gleichen Zeit fand in Beijing eine fünftägige Rundtischkonferenz zu Justizfragen statt, an der Chinesen und Norweger teilnahmen. Es war die vierte Konferenz dieser Art. Die drei anderen waren 1997, 1998 und 1999 in Beijing sowie in Oslo abgehalten worden (XNA, 12.5.00). -we-

## 10 Gegen Folter

Vom 2. bis 4. Mai 2000 tagte in Genf der UNO-Ausschuss gegen Folter und rief dabei vor allem zu einer Intensivierung des Kampfes gegen die Missbehandlung von Gefangenen auf.

Diskutiert wurde u.a. der Dritte Bericht über die Durchführung der „Konvention gegen Folter“ und die in diesem Kontext ermittelte Praxis auf dem Gebiet der VR China. Der „Report“ hatte den Behörden der VRCh kein gutes Zeugnis ausgestellt und sie vor allem eines bisweilen erschreckenden Umgangs mit den Minderheiten bezichtigt. Ferner würden Frauen, wel-

che gegen die Ein-Kind-Politik der Regierung verstoßen, häufig Misshandlungen ausgesetzt oder regelrecht zur Abtreibung sowie zur Sterilisation getrieben. Strafgefangenen werde häufig der Beistand eines Rechtsanwalts verweigert.

Die VR China war bei der dreitägigen Sitzung durch ihren Botschafter in der Schweiz, Qiao Zonghuai, vertreten, der die von den Anklägern vorgebrachten Behauptungen a priori für „unbegründet“ erklärte. China sei bereits im Jahre 1988 der „Konvention gegen Folter“ beigetreten und habe – in genauer Durchführung der in der Konvention enthaltenen Verpflichtungen – 1996 sowie 1997 die 1979 erlassene StPO und das aus dem gleichen Jahr stammende StGB novelliert, wobei vor allem Berechenbarkeitsklauseln eingebaut worden seien. 1999 habe der NVK außerdem die Verfassung in einigen Artikeln überarbeitet und zum ersten Mal eine Rechtsschutzklausel eingeführt. Dies sei ein echter Wendepunkt in der chinesischen Rechtspolitik gewesen. Das Sicherheits- und das Justizministerium, die Oberste Staatsanwaltschaft und das Oberste Volksgericht hätten darüber hinaus „Regeln und Systeme“ erlassen, die dafür garantierten, dass die Gesetzmäßigkeit in der Verwaltung und in der Justiz jederzeit gewahrt bleibe.

Die VR China Sorge überdies dafür, dass diese Bestimmungen auch in der „Sonderverwaltungsregion Hongkong“ eingehalten würden (Xinhua, in FBIS-CHI, 4.5.00).

Gegen Ausführungen dieser Art wandten sich mehrere Nichtregierungsorganisationen. Eine der NGOs, die die Angelegenheiten Tibets vertritt, wies darauf hin, dass die Misshandlungen von Gefangenen in den letzten Jahren nicht etwa ab-, sondern eher zugenommen habe. Seit 1996 seien mindestens 30 politische Häftlinge in Tibet an den Folgen von Misshandlungen gestorben (NZZ, 10.5.00).

Vertreter der Organisation „Human Rights Watch“ andererseits waren überraschenderweise mit dem Dritten Bericht nicht unzufrieden. Zwar sei die Folter in China immer noch weit verbreitet, doch dürfe man die zahlreichen Verbesserungen nicht unter den

Tisch kehren, die es seit einigen Jahren gebe. -we-

## 11 China – ein unsicherer Platz für Ausländer?

Übergriffe gegen Ausländer gehören in China seit Jahren mit zu den ganz seltenen Ausnahmen. Einige Beobachter gehen so weit, China als das sicherste Land der Welt zu bezeichnen.

Innerhalb kürzester Zeit haben drei Vorfälle allerdings Zweifel an dieser These aufkommen lassen.

- Am 2. April 2000 war der Daimler Benz-Vertreter in Nanjing, Jürgen Pfrang, zusammen mit seiner Ehefrau und seinen zwei Kindern in seiner Privatwohnung ermordet worden. Es war dies der schlimmste Übergriff gegen eine ausländische Familie in der VR China seit 50 Jahren – und ein Schock für die Gemeinde der Ausländer.

Die vier Täter – allesamt aus dem Kreis Suyang/Provinz Jiangsu stammend – konnten schon nach kurzer Zeit festgenommen werden.

Schon bald gab es zwei Versionen zu dem Mordfall: Die Polizei geht davon aus, dass die vier Täter bei einem Einbruch in der Villa des Geschäftsmanns überrascht worden seien und beschlossen hätten, die vier (möglichen) Tatzeugen zum Schweigen zu bringen. Diese Version wurde auch vom deutschen Generalkonsulat in Shanghai akzeptiert.

Die Verwandten der ermordeten Ehefrau, Petra Pfrang, präsentierten jedoch eine ganz andere Interpretation und behaupteten, dass Jürgen Pfrang sich mit der Absicht getragen habe, einige chinesische Funktionäre wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten in der Yaxing Benz Ltd., einem von Daimler Chrysler betriebenen Produktions-Joint Venture für Busse, auffliegen zu lassen, und dass er daran offensichtlich gehindert werden sollte. Die Verwandten wurden in dieser Auffassung auch dadurch bestärkt, dass die angeblichen Räuber keinerlei Gegenstände aus dem Haus hatten mitgehen lassen (SCMP, 18.5.00). Die vier Täter sind am 13. Juli 2000 vom Volksgericht Nanjing zum Tode verurteilt worden.

- Am 10. Mai 2000 wurde die 30-jährige britische Rucksacktouristin

Shirine Harburn am Paomao-Berg in der Provinz Sichuan tot aufgefunden, und zwar mit 12 Stichwunden. Einzelheiten zu diesem Fall konnten bisher nicht aufgeklärt werden (SCMP, 15.5.00).

- Am 25. Mai schließlich wurde der 27-jährige, als Englischlehrer beschäftigte Charles Hastings tot in Shanghai aufgefunden, und zwar, wie es hieß, „unter etwas mysteriösen Umständen“ (SCMP, 26.5.00). Der Fall wurde dadurch einer größeren Öffentlichkeit bekannt, dass der Tote Sohn eines berühmten britischen Journalisten war, nämlich von Max Hastings, dem früheren Herausgeber des *Daily Telegraph* und dem heutigen Herausgeber des Londoner *Evening Standard*. -we-

## 12 Bewerbung Shanghais um die Ausrichtung der Expo 2010

In Zeitabständen von zumeist fünf Jahren findet rund um den Erdball eine Weltausstellung statt – gegenwärtig ist Deutschland mit Hannover an der Reihe.

Für die Expo 2010, die vom 1. Juni bis 31. Oktober vorgesehen ist, will sich nun Shanghai bewerben und bietet dafür sein neues Wirtschaftszentrum Pudong als Standort an.

Wo Beijing schon keinen Zuschlag für die Olympiade 2000 erhalten hat, will Shanghai, das wirtschaftliche Herz der VR China – und damit zugleich des größten Entwicklungslandes der Erde –, nun wenigstens den Zuschlag für die „Olympischen Spiele der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Technologie und der Kultur“ erhalten.

China habe bisher, und zwar seit 1982, an neun Weltausstellungen teilgenommen und 1999 zum ersten Mal auch eine Weltspezialausstellung durchgeführt, nämlich die „World Horticultural Exposition“ in der südwestchinesischen Stadt Kunming. Nach dem Bestehen dieser Feuerprobe rechne man sich gute Chancen aus, heißt es in Shanghai (XNA, 16.5.00). -we-

### 13 Militärische Vorbereitungen gegen Taiwan?

Seit der Wahl Chen Shuibians zum Präsidenten Taiwans am 18. März 2000 scheint die VBA verstärkt Vorbereitungen für militärische Aktionen gegen die Insel zu treffen: Zumindest möchte sie den Anschein dafür erwecken. Deutlich zeigt sich hier ein Interessenkonflikt zwischen der Regierung um Ministerpräsident Zhu Rongji, die an Friede und Stabilität interessiert ist, und dem Militärausschuss des ZK, der spätestens Mitte April Befehle ausgegeben hat, bestimmte Militärbasen an der südostchinesischen Küste weiter auszubauen und die dortigen Truppen in sechs Bereichen zu mobilisieren: (1) Kampfvorbereitung der drei Waffengattungen Heer, Marine und Luftwaffe, (2) Stärkung der drei Dienste vor allem in den Militärregionen von Nanjing und Guangzhou, (3) Durchführung realitätsnaher Übungen, (4) politische und ideologische Arbeit in den Reihen der Offiziere und Soldaten, (5) Intensivierung der Forschung im Bereich strategischer Waffen und (6) Verbesserung der Logistik im Hinblick auf den Ernstfall (*Tai Yang Pao*, Hongkong, in SWB, 26.4.00).

In der Militärprovinz Fujian sollen die Marine- und die Luftabwehrkräfte, aber auch die Milizeinheiten, gestärkt werden (*Ming Pao*, Hongkong, in SWB, 18.4.00). Die Ostchinaflotte wurde angewiesen, „moderne“ Kampfmethoden zu üben. Den Zerstörern und Fregatten der Donghai-Flotte möge bei den Manövern besonderer Platz eingeräumt werden (*Jiefang Junbao*, in SWB, 18.4.00). Geübt werden müssten nicht zuletzt Landeübungen (ebd.). Der Donghai-Bereich solle überdies großzügiger mit Helikoptern ausgestattet werden (XNA, 20.4.00).

-we-

## Innenpolitik

### 14 Jahrestag des 4. Juni 1989: Nervosität in der Führung, Ruhe an der Basis

Pünktlich zum 4. Juni, dem Jahrestag der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung im Jahr 1989, gab die Nachrichtenagentur Xinhua das Ergebnis einer Umfrage „unter Zehntausenden von Studenten an 75 Universitäten in acht Städten und Provinzen“ bekannt. Demnach erwiesen sich die Befragten als „optimistisch und unterstützten die Politik der KP Chinas und der Regierung“. Sie lobten die Regierung, dass sie die Nation durch die Förderung von Wissenschaft und Ausbildung verjünge, den Schmuggel unterbinde, die Deflation bekämpfe und die Beziehungen mit dem USA angemessen handhabe. Themen, die die Studenten mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt hätten, seien die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad, die Nato-Militäraktion im Kosovo, die „Zwei-Staaten-Theorie“ des früheren taiwanischen Präsidenten Li Tenghui, die Unterzeichnung des WTO-Abkommens mit den USA, die Feiern zum 50. Jahrestag der VR China und die „Heimkehr“ Macaus gewesen. Die Bekämpfung der Falungong-Bewegung durch die Zentralregierung halten die Studenten demnach für „absolut notwendig“ und auch für erfolgreich. Zudem seien sie begierig darauf, KP-Mitglied zu werden, sich beruflich zu qualifizieren und Sozialarbeit sowie Teilzeitarbeit zu leisten. (XNA, 4.6.00)

Das rosarote Bild einer akademischen Jugend, die mit der Arbeit der Staats- und Parteiführung rundum zufrieden ist und sich nichts mehr wünscht, als beim Staatsschiff mit auf die Ruderbank gelassen zu werden, mag hinsichtlich mancher patriotischer Momente stimmen, trifft aber generell nicht zu und steht im Gegensatz zu der hochgradigen Nervosität, in die Regierung und Verwaltung im Vorfeld des magischen Erinnerungsdatums auch diesmal wieder verfielen. So soll das

Erziehungsministerium die Universitäten aufgefordert haben, keine Versammlungen von Studenten und Professoren anzusetzen, auch nicht „zum Kampf gegen die taiwanische Unabhängigkeitsbewegung und zur Unterstützung der chinesischen Herrschaft über die Diyutai-Inseln“, da die Gefahr bestehe, dass bei solchen Veranstaltungen andere Slogans aufkämen. Sichtbare Machtdemonstrationen sollten eventuelle Protestierer von vornherein entmutigen bzw. aus dem Weg schaffen. So lief die Polizei im Vorfeld des 4. Juni 500 Wohnsitzlose verhaften; außerdem wurden am 3. Juni in Beijing 22 wegen Mordes, Raubes und anderer Verbrechen Verurteilte exekutiert. (SCMP, 27.5. und 3.6.00)

Am 4. Juni selbst blieb es im Lande dann weitestgehend ruhig. Mehrere Dissidenten wurden unter Hausarrest gestellt; in Beijing wurden neun Personen festgenommen. (RTHK Radio 3, Hongkong, nach SWB, 5.6.00; Information Centre for Human Rights and Democracy, Hongkong, nach SWB, 6.6.00) An der Universität Beijing erschien eine Wandzeitung, die nach einer Neubewertung des 4. Juni verlangte; der Verfasser wurde vorübergehend inhaftiert, jedoch nicht relegiert. (SCMP, 9.6.00)

Auch wenn die Studenten der heutigen Generation nicht mehr das politische Engagement von einst zeigen und sie kaum ein Gedenken an Ereignisse aus einer Zeit pflegen, als die meisten von ihnen noch Kinder waren, entsprechen sie doch nicht dem von Xinhua gezeichneten Idealbild. Für die meisten steht die Karriere obenan. Gleichwohl ist Misstrauen gegenüber dem Staat, seinen Leistungen und seinen Sichtweisen verbreitet. Eine Presereportage vom Campus der Universität Beijing berichtete von differenzierten Einstellungen zum Geschehen vom 4.6.1989, doch scheint unter den Studenten die Ansicht vorzuherrschen, dass die offizielle Version, wonach 1989 eine „konterrevolutionäre“ Bewegung niedergeschlagen wurde, auf Dauer nicht Bestand haben kann. (SCMP, 5.6.00)

Die Nervosität der Führung leitet sich freilich aus anderen Beobachtungen ab. Zum einen zeigten die keine zwei Wochen zurückliegenden Massenproteste an der Universität Beijing, die